



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Mehr Menschenschutz!

Die Lehre aus dem Geburtenrückgang.

Kein überlegener Mensch kann unter irgendeinem Gesichtswinkel einer gänzlich unbeeinflussten und unbekannteren Geburtenhäufigkeit das Wort reden, da sie eine große Säuglingssterblichkeit zur Folge hätte. Ohne daß der Geburtenüberschuß gewinne, verursacht eine übergroße Kinderzahl auch zweifelslos Opfer an Gesundheit und materiellen Aufwendungen. Krankheit und Tod haben viel Unkosten im Gefolge, denn das Begrabenwerden ist nicht billig. Nun zeigt die Statistik der Bevölkerungsbewegung, daß in den letzten Jahren die Geburtenhäufigkeit abgenommen hat, aber gleichzeitig ging auch die Sterblichkeit zurück. Wenn die Geburtenregulierung sich in solchen Grenzen bewegt, daß die Bevölkerungszunahme sich nicht verringert, dann ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nichts dagegen zu sagen. Nur gegen die Auffassung muß man sich wenden, daß eine über die vorgeschriebene Grenze hinausgehende Geburtenbeschränkung ein Mittel zur wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse sein könnte.

Die bisherige Entwicklung zeigt uns, daß in keiner der vorangegangenen Perioden der Geburtenüberschuß so groß war wie im Zeitraum von 1890 bis 1910. Dagegen war er ungewöhnlich niedrig im Jahre 1911 als Folge der ganz ungewöhnlich hohen Säuglingssterblichkeit. Stellt man dieses letzte Ergebnis in Vergleich zu dem Resultat der erwähnten Periode, dann ist naturgemäß ein starker Rückgang der Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen. Es betrug nämlich der Geburtenüberschuß pro 1000 der Bevölkerung im Zeitraum

Table with 2 columns: Zeitraum (1881-1840, 1841-1860, 1861-1880, 1881-1890, 1891-1895, 1891-1895, 1896-1900, 1901-1905, 1906-1910, 1911, 1912) and corresponding values (8,81, 10,86, 10,15, 11,27, 12,51, 12,66, 12,16, 12,00, 15,84, 15,24, 15,04, 12,50, 13,90).

Also selbst das ungewöhnlich ungünstige, durch besondere Umstände erklärte Ergebnis des Jahres 1911 hält sich auf der Höhe des für die Zeit von 1891 bis 1898 ermittelten Durchschnitts und steht noch über dem Durchschnitt der ganzen Periode. Und die Differenz für 1913 hebt sich beträchtlich darüber hinaus. Am 1. Halbjahr 1913 ist die Zahl der Geburten gegen die gleiche Zeit des Vorjahres weiter um 10.904 gestiegen, trotzdem ergibt sich eine Steigerung des Ueberschusses um 5848. Die Sterbefälle waren nämlich um 1.616.052 geringer.

Ein besserer Schutz der Lebenden, vor allem der Säuglinge, könnte noch eine Steigerung des Geburtenüberschusses herbeiführen. Die geforderten Maßnahmen bewirken eine Massenverbesserung. Diese erscheint uns dringend notwendig. Schon die letzte Berufszählung läßt eine Verminderung der über 50 Jahre alten Personen im Anteil an der Gesamtbevölkerung erkennen. Die Ansprüche der Industrie an die Arbeitskraft, an die Verdien der Arbeiter und Arbeiterinnen sind größer geworden. Im großindustriellen Betriebe werden die Menschen schneller verbraucht als in der Kleinindustrie. Ein verbesserter Arbeiterschutz und eine Qualitätsverbesserung des Menschenmaterials ist daher erforderlich.

Zweifellos könnte durch die weitere Verminderung der Säuglingssterblichkeit ein noch größerer Geburtenüberschuß erzielt werden. Es sind eigentlich erst Anfänge eines Säuglingssterbes vorhanden. Trotzdem zeigen sich schon bei diesen Anfängen günstige Wirkungen. Von je 100 Lebendgeborenen in Preußen starben im 1. Lebensjahre:

Table with 3 columns: Zeitraum (1875-1880, 1881-1890, 1891-1900, 1901-1910, 1911), bei den Weiblichen, and bei den Männlichen (323,3, 324,7, 355,8, 308,0, 310,8).

Im Jahre 1911 war die Sterblichkeit, zum Teil infolge der Höhe ungewöhnlich groß. Ganz unkenntbar hat man die Sterblichkeit etwas eingebremst, aber noch dieser Richtung hin lassen sich noch viel bessere Resultate erzielen. Unheimlich groß ist nur noch das Vermichten der unehelichen Säuglinge! Menschen der Gegenwart ist das dringendste Erfordernis der Gegenwart.

„Arbeiterzulagen.“

Für gering Verdienste? Angestellte der preußischen Eisenbahnen sollen jetzt Beiträge zur Unterbringung bereit gestellt werden. Der preußische Eisenbahnminister hat an die Direktoren einen Erlass gerichtet, nach welchem die erste zur Verteilung gelangende Zulage eine Arbeiterzulage sein soll. Verdienstliche Unterbeamte mit unvorzogenen Kindern, gering verdienende Arbeiter an teuren Stationen sollen mit dem „Segen“ bedacht werden. Im allgemeinen soll eine Familie eine einmalige Zulage in Höhe von 25-50 Mk. erhalten, aber nur, wenn 1-2 Kinder vorhanden sind und der Vater ein Einkommen unter 6000 Mk. hat.

Die Eisenbahner werden „jubeln“ über diese Zulage! Wie lange glaubt denn der preußische Eisenbahnminister, daß sich riesengroße Summe von 25-50 Mk. vorhalten wird? Einmalige, bis ein neugeborenes Kind erwachsen sein wird? Dieses Geld bedeutet nur einen jämmerlich kleinen Tropfen auf einen heißen Stein. Wollte man den sogleich bezahlten (wie vorfristig man immer von „gering verdienenden“ Beamten spricht) Angestellten wirklich helfen, so könnte es nur durch eine dauernde Zulage sein, die sie Angestellten in den Stand setzt, ihre Kinder ohne Sorgen zu erziehen. Der Gedanke, der der geplanten Zulage zugrunde liegt, ist ja sonst richtig. Er wird, wenn er in wirksamer Weise zur Ausführung gebracht ist, ein weit besseres Mittel gegen die Geburtenbeschränkung sein als alle politischen Verbote der Instrumente zur Verhütung der Schwangerschaft. Aber die Ausführung liegt in den weitläufigen Händen!

Warum übrigens will denn die Eisenbahndirektion nur halbe Arbeit leisten? Warum will sie den sogleich bezahlten Angestellten nur eine geringe, einmalige Zulage geben, anstatt sie für ihre Arbeit anfänglich und aus reichlich zu bezahlen? Es ist doch schon ein klein wenig verdächtig, wenn ein Unternehmer so solchen Palliativmitteln greift. Es zeigt, daß die Beziehung der unteren Eisenbahnangestellten wirklich gänzlich unzureichend sein muß. Denn sonst hätte sich die Direktion sicher nicht zu einer, wenn auch noch so kleinen, Zulage entschlossen. An den Eisenbahnangestellten ist es nun, ihre Rechte so nachdrücklich wie möglich wahrzunehmen, damit sie besser für ihre Kinder sorgen können als bisher.

Arbeitslosenversicherung — „kein Bedürfnis“.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat durch eine feiner „wenigstenthaltlichen“ Kräfte, seinen selbstvertretenden Geschäftsführer Dr. von Stojentin, alle nur irgend möglichen Weisungen gegeben, die Arbeiterbewegung zu unterstützen lassen — offenbar um der Regierungseräten zu zeigen, wie sie die Interpellation der Sozialdemokraten im Reichstage zu beantworten haben. Wir zweifeln nicht daran, daß die Herren in der Reichsverwaltung den guten Absichten des Zentralverbandes wie bisher so auch bei dieser Gelegenheit folgen werden, sobald sie in Wahrheit sehr richtig gestellt ist mit den angeführten Gründen, die Dr. von Stojentin gegen die Arbeitslosenversicherung hat aufzubringen können.

Der Herr hat nämlich die „Anläufe zur öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung im In- und Auslande“ untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Bedürfnis nach einer öffentlichen Versicherung in Deutschland gering sei. Denn — und das erzählt uns der gute Mann mit ganz besonders schlaue Wiene — wenn das Bedürfnis nach der Arbeitslosenversicherung tatsächlich größer wäre, so wäre bei den bisher eingeführten Arbeitslosenversicherungen der Zustand viel härter. Bemerkenswert ist dabei, daß die freiwillige Versicherung der Arbeiterklasse überaus wenig durch Charitätenlagen aus der Not der Verberung beitragen sollte, verhältnismäßig gering ist.

So der Gelehrte des Zentralverbandes. Tatsächlich jedoch kann die freiwillige Beteiligung an einer Spartenrichtung in keine Weise maßgebend sein, ob ein Bedürfnis für eine Versicherung im In- und Auslande besteht.

Dies hat sich schon bei der Beratung des ersten Krankenversicherungsgesetzes als klarste gezeigt. Auch damals war die freiwillige Beteiligung an den Krankenkassen der Arbeiter sehr gering. Auch damals machten die Gegner des Gesetzes diese Tatsache geltend als einen Grund gegen die Krankenversicherung. Heute anders wird sein. Wir betonen, daß trotz der geringen freiwilligen Beteiligung an den Krankenkassen die Krankenversicherung mit ihrem Versicherungszwang damals dringend notwendig gewesen und heute geradezu unentbehrlich ist. Damals hat vielmehr die geringe Beteiligung an der freiwilligen Versicherung nur darauf schließen lassen, daß die Versicherungen freiheit nicht genügt, sondern der Versicherungszwang notwendig ist.

Dieser Schluss trifft auch heute für die Arbeitslosenversicherung zu. Die freiwillige Versicherung hängt nicht nur davon ab, ob der einzelne Arbeiter die Versicherung für notwendig hält, sondern auch davon, ob er die Mittel für die Versicherung aufbringen kann. In Deutschland ist die freiwillige Versicherung, dann sorgt nur ein Teil der Arbeiter für diese Ausgabe. Wer sie auf sich nimmt, kann sie nicht durch eine für ihn besonders durchgehende Lohnverhöhung ausgleichen; er muß vielmehr um ihren Betrag seine andern Ausgaben einschränken. Unter den gegenwärtigen heutigen Lohnverhältnissen muß denn der Arbeiter in der Regel sich und seiner Familie den Betrag vom Monde abknapsen. Hierzu kann sich so mancher Arbeiter — selbst beim besten Willen — nicht entschließen, da er ohnehin für sich und seine Familie die Ernährung so sehr einschränken muß, daß eine weitere Verdrückterung der Lebenshaltung sicher eine um so schlimmere Schädigung der Gesundheit zur Folge haben wird. — Trotzdem haben bekanntlich viele Hunderttausende von Arbeitern sich an der Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften beteiligt. Das ist ein großes Opfer, das die Arbeiter auf sich genommen haben; und das zeigt am besten, daß eine allgemeine Arbeitslosenversicherung dringend notwendig ist.

Wir können aber die allgemeine Arbeitslosenversicherung nur durch den im Gesetz festgelegten Versicherungszwang erreichen. Dann müssen alle Arbeiter die Beiträge für die Versicherung aufbringen. Daher empfinden es auch alle Arbeiter als eine unerträgliche Verdrückterung, wenn sie bei der Versicherungszulage nicht die anderen notwendigen Ausgaben einschränken müssen. Hierdurch werden sie immer noch neuem angeport, ihren Lohn wenigstens so weit zu erhöhen, daß sie die Versicherungsbeiträge bezahlen können, ohne ihre sonstigen notwendigen Ausgaben herabsetzen zu müssen.

Diese Lohnverhöhung setzen sie unter günstigen Umständen im Laufe der Zeit an ersten durch. Das ist die Zeit und Weise, in der sich gegenwärtig der Arbeitslohn möglichst den notwendigen Kosten der Arbeitskraft anpaßt. Das ist aber auch der Grund, weshalb sich die Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung so sehr wehren: Jede unmittelbare oder mittelbare „Belastung der Industrie“ erscheint ihnen als eine Gefahr für die Höhe ihres Unternehmensertrages.

Am besten freilich wäre es, wenn wir es durchsetzen könnten, daß die Arbeiter ganz von der Sorge um die Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung befreit werden, selbstverständlich unter Wahrung ihres Selbstverwaltungsrechts in der Versicherung. Aber davon will Herr Dr. von Stojentin erst recht nichts wissen: An bloßen Almosenempfänger, meint er, dürfen die Arbeiter unter keinen Umständen gerötet werden. Durch eine solche Unterstützung würde unfehlbar jedes Gefühl der Selbstverantwortlichkeit und des Selbstbewußtseins zugrunde gehen und der Schaden, den wir damit dem Volksganzen zufügen, außerordentlich groß sein. Unbillige Sorge. In der Unfallversicherung haben wir es bereits, daß die Unternehmer die Arbeiter allein decken müssen. Trotzdem erldit kein einziger Arbeiter in den Unfallentschädigungen ein Almosen. Vielmehr weiß jeder selbst der letzte Arbeiter, daß der Unfall die Folge seiner Arbeit für den Unternehmer ist, und daß jeder Arbeiter sich durch seine Arbeit — ebenso wie den Arbeitslohn — so auch den Unfallschutz auf die Entschädigung im Falle eines Betriebsunfalls erwerben muß. Aus diesem Grunde hat die Unfallversicherung das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit und des Selbstbewußtseins nicht im geringsten herabgedrückt.

Noch viel weniger liegt eine solche Gefahr bei der Arbeitslosenversicherung vor. An dem schiedlichen Gedanken kann kein Arbeiter etwas ändern. Ihre unzureichende Ausführung muß dafür sorgen, daß kein Arbeiter im unklaren bleibt über den Zusammenhang der Arbeitslosigkeit mit der heutigen ungeordneten Ausbeutungswirtschaft. Demgemäß werden die Arbeiter auch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht als ein Almosen, sondern als den wohlverdienten Ertrag des Schadens hinzunehmen, den ihnen die heutige ungerichtete Ausbeutungswirtschaft zugefügt hat.

Wenn die Reichsverwaltung sich auf die Gründe beruft, die der Zentralverband deutscher Industrieller mit so viel Mühe gegen die Arbeitslosenversicherung aufgeführt hat, dann ist — sie verlassen.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 21. November 1913.

Vom Lohntampfe der Fürsten.

Es ist für deutsche Zustände bezeichnend genug, daß man in der Zeit der Arbeitslosigkeit und bittersten Not von Hunderttausenden von Arbeitern eine Kundgebung in der Zeitung einführen darf — Fürsten vorgericht. Heute liegen folgende Nachrichten vor:

Die Gehaltsaufbesserung des bayerischen Königs wird immer fraglicher. Nach einer Mindernde Meldung sollen von den 28 Liberalen der Kammer noch nicht sechs für die Regierungsvorlage in der jetzigen Höhe stimmen; auch das Zentrum würde wahrscheinlich nicht alle Fraktionsmitglieder zur Abstimmung heranziehen. Für die Erhöhung der Zivilliste ist eine Zweidrittelmehrheit bei einer Anwesenheit von mindestens drei Vierteln aller Abgeordneten notwendig. Da eine solche Mehrheit immer zweifelhafter wird, soll die Regierung schon entschlossen sein, sich auf den liberalen Kompromissvorschlag, die Zivilliste „nur“ um 600.000 Mk. jährlich zu erhöhen, zurückzuziehen.

Eine weitere Meldung aus München besagt: Der Freitagsung der Kammer sieht man mit ungeheurer Spannung entgegen. Man ist entschlossen, die Regierungsvorlage über die Zivilliste am Freitag zu erledigen, wenn nicht, in einer Doppelung. Die Regierung setzt alles in Bewegung, um die Liberalen für die volle Erhöhung der Zivilliste umzustimmen; so hat Herr v. Hertling den Führer der liberalen Opposition, Herrn Müller-Meinungen, zu einer längeren Verbergung persönlich empfangen. Es heißt aber, daß die Liberalen in ihrem größten Teil festbleiben wollen. (Wirklich? Na, na!) Damit hängt die Entscheidung über die Zivilliste und vielleicht auch über das Ministerium Hertling von drei oder vier Stimmen ab.

So sieht das „Gottesgnadentum“ hinter den Kulissen aus! Der neugemachte bayerische König hat sich vom „Volke“ draußen auf der Straße unheimlich lassen und die patriotische Presse verteidigt, die Absetzung eines neuen Königs von Gottes Gnaden und die Wählung eines neuen Königs von Zentrums gnaden sei der ihmige Wunsch des ganzen Volkes. „Gull“ Deshalk machen wir den Vorstoß, daß ganz Bayern sich über die neue Lohnverhöhung für den geliebten Landesfürsten zu betragen und eine Volksabstimmung vorzunehmen. Warum sөгert man, den König und die Glorie des Monarchen vom ganzen Volke bestrafen zu lassen?

2. Erhöhung der Zivilliste auf Antrag von Arbeitern? Diese merkwürdige Forderung muß aus Baden registriert werden. Das Parlsruher Hoftheater muß vom badischen Großherzog finanziert werden; im Jahre 1912-13 betrug der Zuschuß 460.000 Mk. Als nun vor einigen Wochen das Maschinenpersonal dieses Theaters sich an die Intendanten um eine Erhöhung seiner recht dürftigen Bezüge wandte, erhielt es ablehnenden Bescheid. Darauf ließ es die Eingabe an den Großherzog weitergeben. Er lehnte die Lohnverhöhung gleichfalls ab und ließ den Maschinenarbeitern „eines“ Theaters mitteilen, daß eine Erhöhung der Bezüge des Hoftheaterpersonals nur erfolgen könne, wenn zu



Heute neue Auslagen! Seltene Vorteile!

Konsumverein zu Merseburg u. Umg.

(e. G. m. b. H.)

Die von uns in den oberen Räumen der Kaiser Wilhelmshalle veranstaltete

Waren-Ausstellung

ist am Sonnabend den 22. November von 2—7 Uhr nachmittags und am Sonntag den 23. November von 11 Uhr morgens bis 7 Uhr abends für

jedermann

unentgeltlich zu besichtigen. Jeder Besucher erhält ein

Geschenk.

Mitglieder können Bestellungen auf Manufakturwaren abgeben.

Kinder haben keinen Zutritt.

Die Verwaltung.

*2892

15%
Rabatt

Brotfabrik Karl Müller.

Meine Rabattkarten werden nicht nur im Dezember, sondern zu jeder Zeit im Hauptgeschäft eingelöst.

Gleichzeitig empfehle ich auch weiter mein kräftiges und welschmeckendes Brot.

Vorzügliches Schlüterbrot und Schrotbrot.

Als neuestes: Feinste Pfannkuchen.

Brotfabrik Karl Müller,

Friedrichstrasse 32. Fernsprecher 728.

Gr. Brunnenstr. 65, Gleisstr. 4 (am Hallmarkt).

15%
Rabatt



Abwaschbare Dauerwäsche Marke Waschbär

ist unerlebt. 4814

Kragen von 50 Pfg. an.

Verkaufsstellen:

Gelbstrasse 43 Kleiner Berlin 2,1 Richard Elze, Markt 6 E. Tyroff, Rathausstr. 8/9 C. Schlenker, (Inh. J. Klepsig) Merseburgerstr. 162.

Ein Versuch macht klug!



Lederhandlung

W. Sobbe, Mittelstrasse 1, 999 Mitgl. d. Rab.-Spar.-Vereins.

Steinweg 20,

Zuckerwaren- u. Konfitürenfabrik.

Konfekte

im Preise von — 50 B. 3.60.

Honigkuchen aus eigener Fabrik.

Wekafabrikate verbürgen Reinheit u. Wohlgeschmack

bei billigsten Preisen.

Augen auf!

Wer sich bei diesen teuren Zeiten für wenig Geld elegant kleiden will, kaufe von ersten Schneidern stammende

reinwollene, wenig getragene

Mass-Garderoben,

nachdem solche in eigener Werkstatt

labellos hergestellt sind.

Abteilung getragene Garderoben:

Jackett-Anzüge, reine Wolle nur 8 10 12 M. und höher.

Gejoch-Anzüge, feinste Stoffe nur 12 15 18 M. und höher.

Wäcker und Paletots, beste Stoffe nur 6 8 10 M. und höher.

Smoking- und Frack-Anzüge, nur 18 21 24 M. und höher.

Gejoch-Anzüge, auch teilweise, zu sehr mäßiger Gebühr.

Abteilung neue Garderoben:

Große Herren-Herren-Wäcker von 10.00 Mark an.

Große Herren-Anzüge von 8.50 Mark an.

Große Herren-Jacken von 5.00—15.00 Mark.

Neu! Neu!

Herrn, denen ihre Garderobe zu eng oder zu weit geworden ist, wird solche gegen elegant fließende neue oder getragene umgetauscht.

Eventuell großes Lager in weiten Sachen für Reservanten.

Spezial - Etagen - Geschäft

Gr. Ulrichstrasse 59, kein Laden,

neben Warenhaus Rißbaum, im Hause Konditor Blau.

Gutschein! Dieses Inserat des Volksblattes wird bei Einkauf von 20 Mark an mit 1 Mark in Zahlung genommen. 4860

Pelikan - Caramel - Malzbier

schwer eingebraut aus bestem Malz und Hopfen,

nachgeleitet mit 2 Rafinade.

Überall erhältlich!

Das beste alkoholarme Getränk für Frauen, Kinder, Blutarmer, Rekonvaleszenten, Wöchnerinnen, stillende Mütter.

Aerztlich empfohlen!

3899

Mein einziger Liebling.



Meine Puppen-Ausstellung ist eröffnet.

Herrliche Neuheiten in Puppen und Babys.

Spielwarenhaus 4957

R. Weibezahl,

obere Leipzigerstrasse 66. Mitglied des Rab.-Spar.-Vereins.

Puppen-Reparaturen werden unter fachmännischer Leitung ausgeführt.



Mein Lieblings-Baby.

Wandkarte Mittel-Europas

Preis 50 Pfg. Nach ausländ. Porto zugänglich.

Jeder Zeitungsfreier, jeder Postträger ist Käufer dieser Karte. Größe 100x75 cm. — Blumenlegetafel.

Bestellungen nehmen entgegen alle Auskäufer und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Post 48/44.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 274

Halle (Saale), Sonnabend den 22. November 1913

24. Jahrg.

Massenstreit der Kulis.

Zu dem Zustand der indischen Arbeiter in Südafrika, über den wir schon mehrfach berichtet haben, schreibt man uns noch aus London:

In Südafrika, dem Eldorado kapitalistischer Kolonialräuber, spielen sich wieder bedeutsame Ereignisse ab. Diesmal handelt es sich nicht um die Goldgräber des Transvaal, die zu 25 und mehr Prozent im Jahre hingemetelt werden, sondern um die indische Bevölkerung von Natal, jener Provinz, deren weiße Bevölkerung fast ausschließlich aus Engländern besteht. Es gibt in ganz Südafrika insgesamt etwa 150.000 Indier, wovon über 130.000 auf die Provinz Natal entfallen. Die Zahl der weißen Bevölkerung Natals ist ungefähr ebenso groß, wie die der Indier. Diese sind zum überwiegenden Teile in Zucker- und Teeplantagen beschäftigt, während der Rest im Bergbau, in industriellen Unternehmungen, als Hausgemeinde und als kleine Händler und Gärtner beschäftigt ist. Etwa vier Fünftel der gesamten indischen Bevölkerung Natals sind importierte Kontraktarbeiter (insbesondere aus labour). Seit der Abschaffung der offenen Sklaverei sind vornehmlich auf dieser Form von Arbeitskraft — die von der eigentlichen Sklaverei durch nicht viel mehr als den Namen verschieden ist — das ganze Wirtschaftssystem fast aller tropischen und subtropischen Ausbeutungskolonien. Die indischen Kulis sind unter der tätigen Mitwirkung der Regierung von Indien unter der Vorherrschaft Südafrika gefolgt worden, das sie dort als Untertanen des britischen Reiches rücksichtslos und respektvoll behandelt werden würden, daß sie unter dem Schutze der „eigenen“ britischen Flagge leben würden. Im Wirtschaftstreit wurden sie auf so infame Weise behandelt, daß die Hilfe der Regierung und der heimgekehrten Kontraktarbeiter eine so ernste Wirkung auf die Stimmung der Bevölkerung in Indien selbst ausübte, daß die indische Regierung sich gezwungen sah, fortgesetzt bei der britischen Regierung zu protestieren und die fernere Rekrutierung von indischen Kulis zu erschweren.

Aber die bittersten Klagen werden gar nicht wegen der Behandlung der Kontraktarbeiter erhoben. So furchbar diese auch sein mag, so sehr alle Menschenrechte der Kulis mit Füßen getreten werden, so konnten diese ihr Schicksal doch ertragen, gestützt auf die Hoffnung, daß die Sklaverei doch nicht ewig dauern würde, sondern daß sie nach einer Reihe von Jahren, wenn ihr Kontrakt abgelaufen, als freie Lohnarbeiter oder sonstige in Freiheit ihr Dasein fristen könnten. Aber gerade das ist es, wovon die indischen Kapitalisten von Natal nichts wissen wollen. Als widerstandsunfähige Massen sind ihnen die Kulis willkommen, aber als freie Menschen sind sie ihnen ein Dorn im Auge und fürchten sie sie. Deshalb werden die Indier, deren Kontrakt abgelaufen ist, sowie ihre Nachkommen, schon seit Jahrzehnten in der schlimmsten Weise mißhandelt und entsetzt und sozial geschädigt. Besonders den kleinen indischen Händlern, die mit den weißen Händlern konkurrieren, wird das Leben unmöglich gemacht. Die Indier werden daran verhindert, ihren Geschäften nachzugehen, ihre Familienverhältnisse werden nicht anerkannt und viele werden ausgemieset. Der Zweck der Verfolgungspolitik ist, die Indier zu zwingen, entweder sich wieder in langfristige Kontraktarbeit zu begeben oder das Land zu verlassen. Die unmittelbare Ursache der gegenwärtigen Unzufriedenheit ist die im 1901 in Natal eingeführte Kopfsteuer von drei Pfund und Sterling für jeden Indier, der nicht in Kontraktarbeit steht.

Gegen diese Zustände wehren sich die Indier schon seit Jahren mittels der passiven Resistenz, namentlich der Steuerverweigerung, wofür sie kurzzeitig ins Gefängnis geworfen wurden. Jetzt aber haben sie zu einem neuen Mittel gegriffen: dem Massenstreit, einem regelrechten politischen Massenstreik. Die Indier, Kontraktkulis wie freie Arbeiter, verlassen die Plantagen, Fabriken und Restaurants; 2000 von ihnen sind unter Führung des bekannten indischen Nationalisten Ghandi zu Fuß nach Natalmarschall gekommen, um dort als freie Arbeiter Arbeit zu finden. Die Regierung hat aber Polizei und Militär nach ihnen geschickt; Ghandi wurde ins Gefängnis geschickt, während die Kulis gewaltsam an ihre Arbeitsplätze zurückgeführt wurden.

Die Regierung mit den Streikenden versöhnt, ergibt sich auch in einem Dutzend kleinen mitgeteilten Depeschen, die der frühere Minister im Inneren und jetzt Premierminister des britischen Reiches für Südafrika Lord Chamberlain von den indischen Komitees von Natal erhalten hat. Danach sind alle Führer der passiven Resistenzbewegung, darunter ein weiser Rechtsanwalt und ein weiser Arzt, ins Gefängnis. Die Regierung hat die Quartiere der in den Gruben arbeitenden Kulis zu zeitweiligen Gefängnissen erklärt. Alle Streikenden werden verhaftet und in ihre Grubenquartiere gebracht. Die Streikenden bleiben jedoch fest und verweigern die Arbeit. Darauf werden sie wegen Kontraktbruch angeklagt, zur Schwangerschaft verurteilt, die in den Zellen zu leisten ist. Drei Friedensrichter haben die Streikenden gewarnt, daß sie ausweichen und auf Grund der Gefängnisregeln gerechtfertigt in die Zellen gebracht werden werden. Wer die Grube verläßt, um sich beim Friedensrichter zu beklagen, wird als Flüchtling erschossen.

Wie man sieht, gibt es noch Räuber, wo man mit streikenden Arbeitern umgehen verliert. Das ist aber den Herren von Natal noch nicht genug. Sie schicken Klagen nach London, wonach die Kulis die Plantagen und Zuckerfabriken in Brand setzen wollen und den Streik auf den Eisenbahnen drohen, und die Kapitalisten fordern die Verhaftung des Kriegsverbrechens. Sie wollen die streikenden Kulis in ihrem eigenen Blute erlösen.

Wie bei dem Skandal im Angebiet, wird sich die englische Regierung wohl auch jetzt hinter den Selbstregierungspräsidenten der südafrikanischen Union verbergen und sich vor einem energischen Einschreiten brüden, dabei aber Reichstruppen zur Wiederherstellung der Indier zur Verfügung stellen. Allein, sehr weit wird es die Regierung in diesem Falle doch kaum kommen lassen können. Die Ereignisse in Natal haben schon jetzt die größte Aufregung in Indien hervorgerufen. Dort kann aber die Regierung nicht viel rüstieren, und deshalb dürfte schon die Regierung Indiens dafür sorgen, daß der kapitalistische Gewalttätigkeit in Natal Schwanden auferlegt werden.

London, 20. November. Trotz der amtlichen Ableugnungen liegen Privatmeldungen aus Durban vor, die im vollen Umfang die Nachrichten über den Vorkauf von Kräftekräften an Indiern in den Bergwerken, öffentlichen Plätzen usw. bestätigen. So erhielt Angell in Johannesburg die telegraphische Bestätigung über die Unmenslichkeiten und gleichzeitig die Zusicherung, daß weitere Einzelheiten folgen würden. In Johannesburg hielten die dortigen Indier gestern eine Massenversammlung ab, in der eine Resolution angenommen wurde. Sie verlangen die Freilassung der Indierführer, damit diese in Unterhandlungen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit treten können. Ferner spricht die Versammlung ihre Entrüstung darüber aus, daß in einer britischen Kolonie die Untertanen der Krone in den Gruben und auf öffentlichen Plätzen beschuldigt werden. Zum Schluß erklären die Indier, daß kein Frieden herrschen kann, solange die Kopfsteuer von 60 Mark und andere Mißstände nicht beseitigt sind. — In Indien selbst ist die Entrüstung über die Brutalitäten der afrikanischen Regierung aufs höchste gestiegen und die Lage der Indier in Afrika ist das Tagesgespräch nicht nur der Bevölkerung, sondern der ganzen hiesigen Presse.

Soziales.

Verschärfung des Ärztekonfliktes.

Der seit langem von den Ärzten vorbereitete Kampf gegen die Krankenkassen kommt in einer immer größer werdenden Zahl von Orten zum offenen Ausbruch. Die Parole der Ärzte ist jetzt, keinerlei Krankenkassenverträge mit einzelnen Kassen oder mit Kassenvereinigungen abzuschließen, bis nicht die allgemeine Einigung durch ganz Deutschland zustande gekommen und dies durch die Zentralleitung der Ärzteorganisation festgelegt ist. Dahingegen haben die Kassen das Lebensbedingte, solche Verträge mit einer genügenden Zahl von Ärzten zu erlangen, um am 1. Januar 1914 ihre Kassenmitglieder mit ärztlicher Hilfe hinreichend versorgen zu können. Da die letzten Verhandlungen nicht zum Abschluß solcher Verträge bereit sind, schreiben die Kassen die Kassenärztlichen Verträge aus, was wieder für die Ärzte ein Anlaß ist, über den betreffenden Ort die „Sperr“ zu verhängen. Auf dem bekannten Verzeichnis des Ärzteverbandes Ganete collega sind jetzt alle Kassenstellen im Deutschen Reich gesperrt, weiter alle Krankenkassen in Thüringen. Sodann enthält das Verzeichnis noch 24 Orte, nach denen die Ärzte den „Zugzwang“ sollen. Nur einigen Monaten betrug die Zahl dieser Orte nur etwa 80.

Die drei großen Städte Berlin, Hamburg und Dresden sind bereits zum Bewahren des Ärzteverbandes aus dem Kampfe ausgeschieden. In Hamburg wurde schon im Frühjahr, in Berlin in den letzten Tagen, der Friede zwischen Ärzten und Krankenkassen geschlossen, ein Friede, der den Ärzten wesentliche Vorteile bringt. Die unbilligsten Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes blieben dabei allerdings unberücksichtigt. In Dresden bestanden zwischen der Kasse und den festangestellten Ärzten langfristige Verträge. Die Mitglieder des Leipziger Verbandes arbeiten aber mit einer wahren Wut, um die Kassenärzte zu einer Bindung der Verträge zu veranlassen, aber ohne durchschlagenden Erfolg.

Von den Orten, in denen der Kampf bereits offen ausgebrochen ist, seien besonders hervorzuheben Halle, Breslau, Magdeburg, Braunschweig, Rottbus, Regensburg, Stettin usw. Das Vorgehen der Ärzte richtet sich gegen alle Kassenarten. So ist bereits der gesamte Betriebsärzterverband fürs Reich vom Banntreibe betroffen worden, und auch die Landkrankenkassen werden nicht verschont.

Die Mittel, welche zumeilen die Ärzte anwenden, würden, wenn von frei organisierten Arbeitern gebraucht, der Staatsanwaltschaft wahrscheinlich schon Grund zum Einschreiten gegeben haben. Gleichwohl aber die Krankenkassen öffentliche Institute sind, sehen die Behörden nicht ein, daß ein „öffentliches Interesse“ vorliegt. Rechter Hand — hinter Hand — beides vertuschend!

Regierung und Ärztestreik.

Nach einem offiziellen Telegramm will die Regierung anscheinend doch noch das äußerste verbinden. Vorweglung der Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen hat am Dienstag eine Konferenz unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern im Reichsgebäude stattgefunden. Ueber das Ergebnis der Verhandlung ist aber noch nichts bekannt. Auch zwischen den Ärzten und Krankenkassen Sachses mit die dortige Regierung vermittelte. Nach einer Mitteilung eines ärztlichen Korrespondenzblattes erachtet das sächsische Ministerium des Innern es für seine Aufgabe, noch einen Versuch zu machen, für Sachsen eine Verabingung zwischen Ärzten und Krankenkassen anzubahnen. Er will daher Verhandlungen mit Vertretern beider herbeiführen, die am nächsten Sonnabend in Dresden stattfinden sollen.

Wie wenig aber den Ärztevereinen am Frieden liegt, beweist der trotz einer Einigung direkt vom Baune gebrachte Ärztestreik in Düsseldorf. Zwischen den Orts-, Betriebs- und Innungsstellenämtern im Stadt- und Landkreis Düsseldorf war es zu einem Vertragsabschlusse auf fünf Jahre gekommen. Durch diesen Friedensschluß hat der Vorstand des Leipziger Ärzteverbandes einen wichtigen Schritt gemacht. Er hat seine Zustimmung zu dem Vertragsabschlusse bezeugt, weil im übrigen Deutschland noch keine Einigung zwischen Ärzten und Kassen erzielt worden sei. Die Düsseldorf Ärztevereine haben sich aber nicht gefunden und dem Vertragsabschlusse zurücktreten. Das haben sie dann auch inwäsend — nach wiederholtem erfolglosen Verhandlungen in Leipzig — getan, so daß es auch in Düsseldorf zum Kampfe kommen wird, trotz der bereits vor kurzem endgültig vollzogenen Einigung. Die Kassenärzte werden nunmehr zum Stillen der beamteten Ärzte übergehen.

Die freie Wissenschaft im herrlichen Deutschen Reich zu Grunde.

Vom Reichshausen Schöffengericht wurde der Kaiserliche und königliche Dr. Obermedizinalrat Bettricus zu acht Wochen Gefängnis und wegen Führung eines falschen Namens zu drei Tagen Haft verurteilt. Die Strafe galt als durch die Untersuchungshandlung verurteilt. Der Verurteilte hat sich besondere Verdienste auf dem Gebiete der Tuberkulose-Erforschung

erworben. Es war ihm staatliche Anstellung verweigert worden und er hatte in der Hoffnung auf eine solche Stellung seiner Existenz alles an seine Gesundheit und an geleistet und war dadurch in außerordentliche Notlage geraten. Aus der staatlichen Anstellung wurde nichts, da er mit dem Reichs-Gesundheitsamt in Differenzen geriet, und in der nun über ihn hereinbrechenden materiellen Not suchte er sich dadurch zu helfen, daß er verschiedene kleine Darlehen, 10, 20, 50 Mark aufnahm, unter Verschwendung, die er bei keiner Lage nicht erlitten konnte. Ein engstehender Schlossermeister, der ihm 10 Mark geliehen hatte, erstattete Anzeige wegen Darlehensmissbrauchs und so kam der Gelehrte, der sich, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, nie und da einen falschen Namen beigelegt hatte, vor das Gericht. Eine Anzahl Professoren, die ihm Geld geliehen hatten, erklärten, sie fühlten sich nicht betrogen, sie hatten nie mit einer Rückgabe gerechnet. Das Gericht nahm gleichwohl Betrag in vier Fällen an und sprach die obige Strafe aus. — So geht's Gelehrten, wenn sie in Deutschland mit einem Reichsamt in „Differenzen“ geraten. — Auch dich, Wissenschaft, wenn du leben willst.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 21. November 1913.

Achtung, Parteifunktionäre!

Am Montag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkspark eine

Stellung der Funktionäre

nach § 13 der Satzungen statt. Die Distriktsführer, welche verhindert sind, haben ihren Stellvertreter zu entsenden. Es wird außerdem nochmals auf die Beachtung der

Frauenkonferenz

aufmerksam gemacht. Dieselbe findet am Sonntag, den 23. November, vormittags 11 Uhr, im Volkspark statt. Die Delegierten und Frauen sind pünktlich zur Stelle sein!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins (Halle-Saalkreis).

Doffow gegen Rixe.

Er will nicht geigig minderwertig sein, der ehemalige halle'sche Polizeikommissar von Doffow. In G.M.A. merdet er sich neuerdings gegen Oberbürgermeister Dr. Rixe mit folgender

Erklärung.

Zu den Worten des Oberbürgermeisters Rixe in der Stadtvorordneten-Sitzung am vorigen Montag, von denen ich mit Entrüstung Kenntnis genommen habe, gebe ich folgende Erklärung ab:

Ich verzeihe dem Rixe, daß er sich durch die öffentliche Darstellung meiner Pensionierungsangelegenheiten gefehlt hat. Ich brauche dieses Mittel und seine schonende Rücksichtnahme nicht. Ich werde aber jetzt, wo mir als Privatperson nicht mehr durch die Bezugsgruppen des Disziplinargesetzes der Mund geschlossen ist, reden und mein Recht verteidigen und alsdann gegen die sehr zu Unrecht den Stadtvorordneten und mir bisher vorentsprechenden Gutachten des beamteten Stadtschreibers, Professors von Drigalski, und des Rixen, Kreisarchivs, Geh. Medizinalrats Dr. Fiebig, die als Autoritäten auf dem betreffenden Gebiete feststehen, zu betonen sind, den Gegenbeweis erbringen, daß ich „geigig minderwertig“ nicht bin, woran sowie die große Mehrheit der hiesigen Bevölkerung nicht im geringsten zweifelt.

Wie unbrauchbar der Oberbürgermeister selbst das Gutachten des Rixen, Kreisarchivs für den beantragten Zweck übrigens einschätzt, geht aus seiner Aufseinerhebung hervor. Es ist nur gut, daß Herr von Doffow seine Pensionierung selbst nachgehakt hat, den 18. November 1913.

b. von Doffow.

Herr von Doffow will also reden und sein Recht verteidigen gegen den Stadtschreiber Rixe und dessen ärztliche Sachverständigen Drigalski und Fiebig. Er scheint eine Kompagnatur und weiter der Meinung zu sein, daß er im Kampfe gegen seine perfönlischen Widersacher besser abscheiden wird, als beim Fahren gegen harmlose Wahlrechtsdemonstranten und unschuldige Waiseerben!

Der Ausschuss der neuen Allg. Ortskrankenkasse

hielt am Donnerstag, den 20. November, seine erste Sitzung ab. Die Tagesordnung war eine außerordentlich reichhaltige. Ihr erster Punkt war die Wahl eines ständigen Ausschusses für den Ausschuss gemäß des § 81 der neuen Satzung. Es kam hierbei zugleich zu bemerkenswerten Zwischenfällen. Vor Verhandlungsbeginn beriefen sie etwas weiter ausgeholt.

Vor der Ausschussprüfung hatten die beiden Gruppen (Unternehmer und Berufliche) je für sich getrennte Vorbesprechungen abgehalten. Die Unternehmer, die zuerst tagten, hatten hinsichtlich der Person dieses Vorberaters, der ein Beruflicher sein muß, einen der letzteren genehmen Vorschlag aufgestellt, müßten aber, daß ein zweiter Vorberater (der in der Satzung nicht vorgesehen ist) aus den Reihen der Unternehmer hinzugezogen werde. Die Mehrheit der Beruflichen, die später zusammentraten, gingen, lediglich um die bis jetzt beherrschende Harmonie zwischen beiden Gruppen aufrecht zu erhalten, hierauf ein. Aber die ganze Rednung war ohne die Handvoll Leute aus dem Sozialen Ausschuss gemacht worden! Obgleich sie zu der Besprechung der Beruflichen eingeladen worden waren, erschienen sie doch nicht. Vielmehr hatte der Herr Zwanzig seine wenigen Betreuer zu gleicher Zeit nach einem anderen Teile von einer Besprechung eingeladen. Dort stellten sie entgegen den Beschlüssen der Unternehmer und der Mehrheit der Beruflichen eine andere Person als Vorkandidaten auf und teilten nachdrücklich deren Namen durch Briefe nur den Unternehmern mit. Für ein solches Betragen von Treu und Glauben ins Gesicht! Durch dieses hinterlistige Treiben haben die Herrschaften des Sozialen Ausschusses allen Ansporn auf kameradschaftliche Behandlung durch die anderen Beruflichen verloren. Und deshalb ist ihr Verhalten hier festgenagelt.

Unter all diesen Umständen rief die Wahl des Vorberaters im Ausschuss eine längere Geschäftsordnungsdebatte hervor. Obgleich das Statut Wahl durch Handaufheben vorbehielt, wurde doch auf Vorschlag der Unternehmer durch Stimmzettel gewählt. Es erhielt hierbei Arbeitersekretär Klees 60, Wertheimer Schröder 29 Stimmen. Es war somit selbst einer Anzahl

Annonce bitte ausgeben!
 Ganz besonders empfehle
 mein hochwertiges

Wurstschmalz 1 Pfund
 nur **60** Pfennig
 ab 5% Rabatt

Wurstschmalz mit **10** Pfennig
 ab 5% Rabatt

am 30. November
 nehme diese Annonce
 bei Einkauf von

Wurstschmalz mit **10** Pfennig

in Lösung, damit
 die Qualität
 unbedingt prüfen!

Sonnabend: Sillale Bernburgerstraße **Gratis-Verteilung von Suppen.**

Beachten Sie bitte den hohen Rabatt,
 welchen ich Ihnen pro Jahr auszahle.

Andere's weltberühmter
 Tafel-Butter-Erhalt
 (Margarine) Marke

Tafelgöttin 1 Pfd. 95 Pf. ab 5% Rab. **90** Pf.
 netto nur **4** Pf.

la Schmet nur fettes Fleisch 1 Pfd. 78 Pf. netto **74** Pf.

Andere's
 Land-Butter-
 Erhalt (Margar.)
 gel. geich. Marke

Rnäußella 1 Pfd. 76 Pf. ab 5% Rabatt, netto nur **72** Pf.

la. große Halberstädter Sauerstoff 3 Paar 40 Pf. ab 5% Rab. = netto **38** Pf.
 Sauerstoff 1 Pfd. 4 Pf. ab 5% Rab. = netto **3** Pf.
 Müller's Braunschweig Fettwurst 1 Pfd. 118 Pf. ab 5% Rab. = netto **112** Pf.
 Baumwoll Lederwurst 1 Pfd. 78 Pf. ab 5% Rab. = netto **71** Pf.
 gezeigte Schinkenwurst 1 Pfd. 120 Pf. ab 5% Rab. = netto **114** Pf.

Cabler 1 Pfd. 98 Pf. ab 5% Rabatt **93** Pf.

Milchfeinster Schmelz-Räse 1 Pfd. 103 Pf. ab 5% Rab. = netto **97** Pf.
 Milchfeinster Limburger Käse 1 Pfd. 45 Pf. ab 5% Rab. = netto **42** Pf.
 Wolfetter Süßer Käse 1 Pfd. 85 Pf. ab 5% Rab. = netto **80** Pf.
 hoch. Weidinger-Waschmelze 1 Pfd. 30 Pf. ab 5% Rab. = netto **28** Pf.
 la. Wiener-Gem. infl. Glas 1 Pfd. 100 Pf. ab 5% Rab. = netto **95** Pf.

la. Leber- u. Rotwurst 1 Pfd. 68 Pf. ab 5% Rab. netto **64** Pf.

A. Knäusel, Sillalen.

la. Pfauenmus 1 Pfd. 25 Pf. ab 5% Rab. netto **23** Pf.

Walhalla Theater

Anfang 8.20 Uhr.
 auf Veranlassung der Deutschen Gesellschaft
 zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten:
Die Schiffbrüchigen.
 Ein Theaterstück in 3 Akten von E. Breiten.
 Jugendlichen unter 16 Jahren Zutritt verboten.

Dassendorf.

Parteiversammlung.
 Sonnabend den 22. November abends 8 1/2 Uhr
 findet unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung
 statt.
 Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden,
 pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Die Diskussionsleitung.
 A. M. Herre, Diskussionsleiter.

Freie Volksbühne, Merseburg.

Sonntag d. 23. November (Totensonntag) abends 8 1/2 Uhr
 in der „Kaiser-Wilhelms-Halle“:
Gr. Theater-Abend.
 Zur Aufführung gelangt:
Das Geheimnis der alten Mamsell oder **Kass und Liebe.**
 Schauspiel in 9 Bildern.
 Einen genussreichen Abend versprechend, ladet werter Freunde
 und Genossen höchlichst ein
Der Vorstand.

Die billigsten u. frischesten Seefische

erhalten Sie jeden Markttag auf dem oberen
 Hallmarkt sowie täglich An der Moritz-
 kirche 3, da fast täglich frische Zufuhr. --
 Morgens, Sonnabend früh eintreffend, offeriere in
 hübschster Ware:

Kablau ohne Kopf 18 Pf.
Seelachs ohne Kopf 18 Pf.
Goldbarsch ohne Kopf 21 Pf.
Schellfisch ohne Kopf 21 Pf.
Bratschellfisch 20 Pf.
Bratscholle 25 Pf.
Grosse Zunge 35 Pf.
Angel-Schellfisch 35 Pf.
Grüne Heringe 19 Pf.
 3 Pfund 55 Pf.
Karbonaden bratfertig 25 Pf.
Lebende Karpfen 1 00
 Ferner:
Frisch. Bücklinge 1 80
Brattheringe 2 50
Rollmops große 1 90
 kleine 1 00

Carl Ihde
 Kieler Fisch-Börse
 An der Moritzkirche 3, sowie Stand am ob. Hallmarkt.
 Telefon 3617. 4979

Schreber-Schlöbchen.
 Halle-Nord, Colonnade 3.
 Morgs. Sonnabend:
Gr. Schlachte-Fest.
 Es ladet froh, ein
 C. Mähnel.
 4964
 empfiehlt die
 Ansichtspostkarten
 Volksbuchhandlung

**Wo gehen wir Toten-
 Sonntag hin?**
 Das Nach-Aussendort zur
Kaninchen-Ausstellung
 in „Gambold's Etablissement“.
 Hierzu ladet ein
 K.-Z.-V. „Fortschritt.“
 2390
 Materialver. der Hall. Genossensch.-Bucher.

Das vornehme Porträt



zu billigen Preisen.

Das dankbarste Geschenk für Weihnachten.

Richard Schröder
 Atelier für moderne Photographie
 nur Steinweg 12. Telefon 601.
 Grosses elegantes Atelier am Platze.
 Parlerre, I., II., III. Etage. 4983

Kanarienzucht- u. Vogelschutz-Verein
 Halle - Gleichenstein.
 Sonntag, 22. und Montag, 24. November,
 im „Weissbiersalon“, Bornburgerstr.
6. gr. Bundes-Ausstellung
 der Kanarienzüchter-Vereine d. Prov. Sachsen u. d. Herzogl. Anhalt.
 Geöffnet v. morgens 9 u. 8 Uhr abends.
 Ausstellung v. Verkauf oder Kanarienvogel sowie
 „Fabrikaten zur Vogelsucht u. des Vogelschutzes“
 Eintrittspreis inkl. Katalog 40 Pfg. an der Kasse,
 im Vorverkauf 30 Pfg.
 Jeder 100. zahlende Besucher erhält einen Singenden Kanarienvogel gratis. Der Vorstand!

Stadttheater Halle (S.)
 Fernruf 1181.
 Direktion: Geh. Hofrat Richard.
 Sonntag den 22. Nov. 1913:
 Anfang 8 Uhr
 77. Vorstellung im Abonnement. 1. Viertel.
 3. Vorstellung im Becht-Jahres.
LA TRAVIATA.
 (Violetta).
 Oper in 4 Akten von G. Verdi.
 Kassenöffnung 7 1/2, Anfang 8 Uhr,
 Ende gegen 10 1/2 Uhr.
 Sonntag den 23. Nov. 1913:
 Anfang 7 Uhr. —
 79. Vorstellung im Abonnement. 3. Viertel.
Tannhäuser
 u. der Sängerkrieg auf Wartburg.
 Romantische Oper in 3 Akten
 von Richard Wagner.
 Den verehrlichen Abonnenten
 aus gefl. Kenntnisnahme, daß sich
 ein Umtausch der Viertel als not-
 wendig erweist, Freitag 76. Vor-
 stellung (3. Viertel), Sonnabend
 77. (1. Viertel), Sonntag 78.
 (3. Viertel), Montag 79. (2. Viertel).

Zum Totenfest
 empfiehlt
Kränze, Kreuze und Tannengrün
Frau Jöhne (Firma Fr. Riessler),
 Adolskatenweg 16. 4987
 Waschseife, Waschgerate aller
 Art in d. Hörsen emp. billig!
 H. Katsch, Adolskatenstr. 23. 14956

Restaurant
 mit mehreren Vereinsimmern
 sofort zu verpachten. *3997
 Offerten unter B. F. 2187
 an Rudolf Hoffe, Halle (S.)
 Dinst. Sonnabend
 Schlachtefest.
 Robert Baum,
 Erlstr. 6. 4978

Apollo-Theater.
 Gastspiel Exp's 4968
 von
Tiroler Bühne.
 Heute, Freitag, abds. 8.10 Uhr:
Novität!
Liebes-Sünden.
 Ländlich. Drama in 4 Akten
 von J. Werkmann.
 Sonnabend d. 22. Novbr.:
 „Falter Jakob“.
 Sonntag den 23. Novbr. (Totenfest):
 „Wintermarch“.

Suchen Sie
**Monats-
 Garderobe**
 Dann gehen Sie nach dem

Kaufhaus
 für
 Herren-Bekleidung
 G. m. b. H.
 Halle a. S.
 Leipzigerstr. 11.
 Dort
 erhalten Sie
 wenig
 getragene
 Anzüge,
 Ulster
 u.
 Paletots
 schon
 von
 Mk. 8.—
 an.
 Reiche
 Auswahl.

Diese
 Adresse
 müssen Sie
 sich auf-
 schreiben!
 Wir vertehen
 Anzüge, Ulster
 u. Paletots
 von M. 2.— an.

**Kaufhaus für
 Herren-Bekleidung**
 G. m. b. H.

Leipzigerstr. 11.

Jeden Sonnabend
 Schlachtefest, 2800
Karl Meyer, Jakobstr. 15.

Jeden Sonnabend
Schlachtefest.
 H. Sprang
 Schimmlstr. 17.

Heute 4969
Schlachtefest
 Markgraf, Torstrasse 44.

Verloren rotes Portemonnaie
 Kaffertweg 5, Friedrichsplatz.
 Gegen Belohnung abzugeben
 *294 Kaiserplatz 21, 11

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 274

Halle (Saale), Sonnabend den 22. November 1913

24. Jahrg.

Aus der Provinz.

Der verteuerte Zwischenhandel.

In der Deutschen Tageszeitung stellt ein Kleinrentmeister aus dem Kreise Liebenwerda die verteuerte Wirkung des Zwischenhandels an einigen Beispielen aus seiner Nachbarschaft fest:

„In einem Tage zu Anfang vorigen Monats kamen vier Hämmer in ungenügender Anzahl am Orte, wo auch zwei Bauern aus einem Nachbarort eingekauft waren. Der eine dieser Bauern gab auf Befragen an, daß er eine Kuh mit Kalb zu verkaufen habe, für welche er 550 Mk. forderte. Nachdem er den Handel eingegangen und Kalb für 620 Mk. in den Besitz der Käufer über. Nach einigen Tagen wurden die Kühe abgeholt und sofort an einen anderen Händler für 680 Mk. weitergegeben. Dieser künzte sie noch an denselben Tag für 610 Mk. wieder einem Bauern auf. So hatten diese Zwischenhändler in vier Tagen 90 Mk. an einer Kuh verdient in die beide Bauern hätte hätten teilen können, wenn sie das Geschäft direkt abgemacht hätten.“

In einem anderen Falle kaufte ein solcher Zwischenhändler eine Kuh mit Kalb für 400 Mk. und verkaufte sie noch aus dem Stalle des ersten Besitzers heraus für 430 Mk. an einen anderen Händler weiter. Derselbe brachte nach weiteren zwei Tagen die Kuh allein einen Erlös von 410 Mk. Das Kalb 75 Mk. Wie aus hier innerhalb weniger Tage eine Preissteigerung zugunsten der Zwischenhändler um 85 Mk.“

An einem Balle, das innerhalb drei Tagen durch die Hände von drei verschiedenen Zwischenhändlern ging, bis es auf dem Dresdner Markte anlangte, verdienten diese Händler 7-8 + 17 = 24 Mk.“

Der so teure Großgroßhandelslehende Kleinrentmeister

als Kleinrentmeister befragt hinsichtlich, daß der Preis der Zwischenhändler auf dem Viehmarkt ebenfalls blüht, weiß in den meisten Fällen der eine Bauer dem anderen nicht über den Weg traun und lieber mit dem „Auben“ das Geschäft macht, als mit seinem kräftig-germanischen Berufsgehilfen. Die erstere Seite der Sache ist aber die, daß auf diese Weise das für den Konsum bestimmte Fleisch eine beträchtliche Verteuerung erfährt, und so sehr die Sozialdemokratie darauf besteht, daß durch Befreiung der Grenzen der ausländischen Konkurrenz der Weg frei gemacht wird, so lobhaft wird es sich nach wie vor angelegen sein lassen, Maßnahmen durchzuführen, mit deren Hilfe die überflüssigen Zwischenhändler aus dem Lebensmittelhandel beseitigt werden.

Todes des preussischen Kommunalarbeits.

Welch unüberwundene Folgeerscheinungen das schandbare Terrorverbotswortrecht zu den Stadtbürgermeistern zeitigt, dafür nur einige Beispiele aus unserm Bezirk. Bei der in der „Leipziger Zeitung“ veröffentlichten vorgenommenen Stadtbürgermeisterwahl der Stadt Aue wurden von annähernd 400 Wählern ganz fünf Mann für Wahlrecht aus. Zwei der Stimmen konnten wiederum nicht von den für sich selbst abgestimmten Wählern bestätigt werden, die durch die öffentliche Stimmanlage hervorgerufene Terrorverbotswortrecht die Dreifachstimme nicht wählten. Es hat auch nicht genügt, daß selbst die Kandidaten von Haus zu Haus liefen; sie konnten nicht einmal die Beamten und Lehrer, geschweige denn die ganze Garde für die Wahl begeistern. Die Arbeiterstadt hat hier selber und deutlich gezeigt, daß sie, wenn feiner der übrigen gewählt werden darf, nur Verachtung für das „Wahlrecht“ hat. Es ist nicht etwa, wie einer der Herren vom Wahlvorstand höflich sagte, Gleichgültigkeit oder Unwissenheit der Leute, wenn 99 Prozent ihr Wahlrecht nicht ausüben, nein, hier hat sich das in der ganzen Welt berühmte Mandatierter System selbst gerichtet. Sätze es einer der Arbeiter genügt, sich nur als Kandidaten aufstellen zu lassen, dann hätte er auch gleich sein Wahlrecht schätzen können. Es muß für die beiden Genossen eine große Ehre sein, daß sie, getragen von dem Vertrauen der fünf Stimmen, als Stadtbürgermeister einzutreten und hier schlagend sich als Vertreter der Gesamtheit fühlen.

„Schließlich, der buntesten Gasse des Mandatierter Wittenberg-Straßens, übten in der dritten Klasse von 225 Wählern ganze 15 Mann ihr Wahlrecht aus. In der zweiten Abteilung wählten von 47 Wahlberechtigten 7, und die erste Abteilung mit 19 Wahlberechtigten ergaben sogar ein Mann an die Wähler und wählte einmütig die zwei ausübenden Stadtbürgermeister wieder. Es, was würden die Kommunalarbeits doch für stünfe Feinde kriegen, wenn die Kandidaten der dritten Klasse den Funktionserwerb überwinden und sich an der Wahl beteiligt hätten.“

Ein noch tollereres Stadium trug sich in Landsberg, Kreis Wittenberg, ab. Als alleiniger „Wähler“ in der ersten Abteilung ist dort eine Malzfabrik eingetragten, für die der Direktor das Stimmrecht anbot und einmütig einen konfessionellen Agrarier zum Stadtbürgermeister ernannte. Dann ging der Herr Direktor hin und wählte für sich persönlich in der zweiten Abteilung. Daß dann „seine“ zahlreichen Arbeiter sich hielten, entsprechend ihrer Stimmung den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen, ist nicht besonders verwunderlich. Siehe auch besonderen Bericht.

Treffender kann das brutale Wahlverbotswortrecht zu den preussischen Kommunalarbeits nicht gekennzeichnet werden.

Merleburg. Die Gegner bei der Arbeit. Unter Aufsicht der Arbeiter lagte im Wohl die zweite Wählervereinsammlung des sogenannten Bürger-Kreislaufes. In einer durchsichtigen von allerlei Schreien und Anreden durchsetzten Rede „gläubte der Stadtrat Z. L. E. der Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Dabei wurde von ihm der rote Lappen recht kräftig geschwenkt und in hübschen Worten die Einzelheit gemahnt. In Ermangelung einer vernünftigen Programmrede (so etwas ist ja zum Stimmengang auch ungeeignet, D. W.) wurden die Versammlung ein paarmal über „Sozialist“ begrüßt und zum Kampfe gegen die „Machtprobe der Sozialdemokratie“ aufgefordert. Nach der Rede der Z. L. E. wurde in hübscher Weise für die Partei der Sozialdemokratie in dem Wahlkreis abgedruckt und von seinen Fremden — nach dem noch ein weiterer Redner circa 3 Stunden geredet hätte — aus dem Saale geschickt. Ob man diesen Akt der Menschlichkeit nicht als Unkenntnis oder nur die Abnackung nicht zu hören verdammt entgeht für unserer Kenntnis. In einer Arbeiterversammlung sollte es etwas einfach unmöglich. Auch gelangte in der Versammlung ein Antrag zur Verteilung, dessen Inhalt ein solches Maß von Unwissenheit und anmaßender Dreistigkeit zeigt, daß es kein geistiger Vorkämpfer nicht einmal mit seinem Namen zu bezeichnen mag. Nachdem die Verteilung glatt verlaufen war, begangen wurden die Kandidaten: Herr Graubel, Waidenmeister Hütel und der christliche Arbeitervereinsvorsitzende Hausmann von proklamiert. Herr Hütel hielt letzteren nicht für geeignet, war nicht deshalb, weil er weiß, daß dieser abhängig und politisch unfähig ist, sondern, weil der Mann sei noch nicht lange genug in Merleburg. Nachdem ihm aber versichert worden war, daß der Arbeiter seit 15 Jahre in Merleburg sei, und vom „christlichen“ Arbeiterverein in Vorschlag gebracht worden sei, auch vom Herr Stadtrat Hütel, beschämte er sich nicht, „Mitglied“ heißen, war Herr Hütel anschließend bestrickt.

Parteiangehörigen, Wähler der dritten Klasse. So sehen also unsere geistigen Leuchten im Bürgeramt aus. Diefelben Leute waren es, eure Führer als Arbeiter, als Männer ohne Sinn und Verstand zur Verteilung wichtiger Prämien zu erklären. Es ist hier in der Wahlzeit die richtige Antwort! Reist diesen Herren, wie anfängliche Arbeiter über solche abgedroschenen Phrasen denken.

Ersticht in Wittenberg in der heutigen Freitag stattfindenden öffentlichen Versammlung, in welcher Sekretär Peim aus Landsberg reden werden soll. Die Wahlzeit ist die Öffentlichkeit ist der Grundarbeiter Alfred Kraft in einem Hofmann im Geiste. Er erlitt durch eine Grunderlose lebensgefährliche Querschnitt am Unterleib, die seine Lebensfähigkeit nach dem Krankenbause nötig machten. Dort ist der erst 25 Jahre alte Mann in der Nacht zum Dienstag gestorben.

Sachsen. Die Wahlergebnisse für den neuen Ortsrat in Aue. Die Berücksichtigung in Merleburg hat sich monatlang fest genommen, ehe die Ausfertigung der Vertreterwahl vorgenommen wurde, und nun endlich werden die erwähnten Vertreter öffentlich aufgeführt, am 20. Dezember 1913, vormittags von 11½ bis 12 Uhr, an den Vorstandswahlen in Aue. Die Wähler können im ersten Wahlkreis die Wahlzeit des alten Rathhauses statt. Die Wahlhandlung ist dieselbe wie bei den Vertreterwahlen, bis zum 4. Dezember müssen entsprechende Wahlvorstände eingerichtet sein. In welchem sind 12 Mitglieder und 24 Ortsräte, und zwar ein Drittel von der Arbeitervereinsvereins und zwei Drittel von den Arbeitervereinsvereins der Vertreter. Die Wahlvorstände können nach ihrer Zulassung am 17., 18. und 19. Dezember während der Dienststunden im Magistratsbüro eingeleitet werden. Was ein Tag vor den Antrittstermin des neuen Gehobes werden die Wahlhandlungen vorgenommen. Es ist an dem 1. Januar 1914 die neue Sache einen Vorhaben hat, ist fast zu begründen. Was man eigentlich mit dieser Stimmanlage beabsichtigt, ist kaum zu erraten. Aber aus die Arbeiterfreundlichkeit tritt bei diesen Wahlen wieder froh aus. Wie recht wir hatten, als wir vor den Vertreterwahlen zur Ortsratensklasse und vor den Stadtbürgermeisterwahlen die anmaßliche Arbeiterfreundlichkeit des Magistrats ins rechte Licht rücken, beweist wieder die Aufhebung der Vorstandswahl. Obwohl der Magistrat genau weiß, daß die 20 Arbeitnehmervertreter alles Arbeiter sind, die bei diesem Wahltermin Vornehmen haben müssen, wird die Wahl trotzdem vormittags von 11½ bis 12 Uhr angesetzt. Oder wird etwas anderes damit bezweckt? Nun, das können wir feststellen, die organisierte Arbeiterstadt ist so gut bisjubilant, daß von untern 16 gewählten Vertretern keiner fehlen wird. Wir wollen aber nicht verhehlen, daß wir uniere große Freude darüber haben, daß die Scheidender Arbeiterstadt bei der letzten Wählerwahl im Mann gesehen hat. Durch dieses und geistlosere Vorhaben ist es gelungen, bei den Ortsratensklassen- und Stadtbürgermeisterwahlen den Gegnern eine empfindliche Schlappe beizubringen und sie dadurch zur vollständigen Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Diese Erfolge der Arbeiter sind aber auch mit auf das Konto der eigenartigen Arbeiterfreundschaft des Magistrats zu setzen.

Wittenberg. Frauenkonferenz. In einer am Sonntag stattfindenden Besprechung der hiesigen Genossinnen wurde zu der am nächsten Sonntag in Halle stattfindenden Frauenkonferenz Stellung genommen. Geflohen wurde, diese Konferenz durch zwei Genossinnen zu beschicken. Als Delegierte wurden die Genossinnen Albrecht und Winter gewählt.

Wittenberg. Ein Volksfest. Das Volksfest wird am 1. Dezember für den hiesigen Bezirk gefeiert. Nebenbei und bis Sonntag, den 23. November, an den Genossen Ertzel (Konsumverein) zu richten.

Leipzig. Wahlergebnisse. Bei der am Sonntag hier stattfindenden Stadtbürgermeisterwahl herrschte besonders in der dritten Abteilung eine recht ruhige Verteilung. Vier wurden abgegeben für Obermeister Hütelmann 168 Stimmen

und den Kandidaten der Sozialdemokratie Fleischbauer 27 Stimmen, in der zweiten Abteilung für Fabrikant Ziehu 28 Stimmen und Gutsbesitzer Wodendor 10 Stimmen. Es sind somit Obermeister Hütelmann und Fabrikant Ziehu gewählt. In der ersten Abteilung wurde Kaufmann Köpfer gewählt. Bei der ebenfalls am Sonntag im Landbauers Kreis der hiesigen Parteimitglieder Wahl wurden im ganzen 108 Stimmen abgegeben. Bei der Ergänzungswahl für die dritte Abteilung erzielten der Gärtnerbesitzer Emil Engel 78 und unter Genosse Friedrich Albert Rodroz 8 Stimmen. In der zweiten Abteilung wurden 20 Stimmen abgegeben, die sämtlich auf den Kaufmann Bruno Berger fielen. In der ersten Abteilung erzielte der Herr Bauer Mark Wegold und der Landwirt Franz Stenbel je eine Stimme, weshalb wissen beiden Kandidaten eine Stichwahl stattfinden muß. Wenn nun aber wieder nur zwei Mann doch zur Wahl gehen?

Landsberg. Wahnbau Lauda-Röllde. Die Bauarbeiten konnten bei dem außerordentlich guten Herbstwetter wesentlich gefördert werden. Die Umfassungsmaße sind jetzt fast vollständig auf den höchsten Punkten und Werra sind für die Betonierung der Tiefbrunnen von 80 und 60 Meter hergestellt worden, die täglich je über 600 Kubmeter Wasser abgeben können. Die Wasserleitung werden augenblicklich noch weitergeführt werden. Die Umfassungsmaße sind jetzt fast vollständig auf den höchsten Punkten und Werra sind für die Betonierung der Tiefbrunnen von 80 und 60 Meter hergestellt worden, die täglich je über 600 Kubmeter Wasser abgeben können. Die Wasserleitung werden augenblicklich noch weitergeführt werden. Die Umfassungsmaße sind jetzt fast vollständig auf den höchsten Punkten und Werra sind für die Betonierung der Tiefbrunnen von 80 und 60 Meter hergestellt worden, die täglich je über 600 Kubmeter Wasser abgeben können.

Wittenberg. Ein preußisches Kulturbildchen. Die Landwirtin Frau W. aus Kammsdorf sollte wegen Verdrüßes gegen die Staatsgewalt in das Gefängnis zu Wittenberg eingekerkert werden. Die Frau legte sich in das Bett und behauptete krank zu sein. Da der Beamte diesen Angaben seinen Glauben schenkte, vielmehr auf Wunsch der Frau, ist sie nun in dem Bett und schläft auf dem Bett, was sie nicht auf einziger Zeit ertragen würde. Als sie sich nun wieder erheben will, sieht man sie auf einem Gebirge, in Betten gepackt, dem Gefängnis zugeführt. Das ist der echte preussische Polizeigenosse, der so leicht nicht übertrieben werden kann.

Gräbenbühnen. Nach der Wahl. Bei der am Dienstag stattfindenden Stadtbürgermeisterwahl wurden für die 3. Abteilung 149 Stimmen abgegeben. Es erhielten Kandidat Adolf Hilb 86 Stimmen, während Genosse Hilb sogar nur 16 Stimmen bekam. Somit sind wiederum die beiden Bürgerlichen gewählt. Mehr als traurig muß es bezeichnend werden, daß die überwogene Majorität unterer Wähler noch den bürgerlichen Herrn Wahlrecht. Die Wahlzeit man denn gar nicht ein, in die geradezu ungenutzter Weise man gerade nicht ungenutzter Unternehmern? Niemand kann ein Gerichtsbeamter die Sache der Arbeiter voll vertreten, trotzdem manugeben muß, daß der Gewählte von sämtlichen Stadtbürgermeistern noch das höchste Nachdacht. Am ibrigen ist es speziell dem Herrn Neumann durch seine rühmliche Tätigkeit bei den Unternehmern noch einmal gelehrt worden, daß die Wahlzeit manugeben muß, daß der Gewählte von sämtlichen Stadtbürgermeistern noch das höchste Nachdacht. Am ibrigen ist es speziell dem Herrn Neumann durch seine rühmliche Tätigkeit bei den Unternehmern noch einmal gelehrt worden, daß die Wahlzeit manugeben muß, daß der Gewählte von sämtlichen Stadtbürgermeistern noch das höchste Nachdacht.

Landsberg. Das Ergebnis der Stadtbürgermeisterwahl. Das Ergebnis der Stadtbürgermeisterwahl in Landsberg ist ein recht interessantes. In der 25. Abteilung wurden für unseren Genossen ganze 25 Stimmen abgegeben, weshalb der bürgerliche Kandidat mit 85 Stimmen glatt weitergewählt werden konnte. Von dem einzigen Wähler der ersten Abteilung, der bürgerlichen Person A. Neumann 80 Stimmen, Genosse Hilb bekam 16 Stimmen, und zwei Arbeiter, die sich für sich persönlich auch noch in der zweiten Klasse. Von den vielen Arbeitern dieser Fabrik wurde kaum einer, ein „Wahlrecht“ in der dritten Abteilung auszuüben, ebensowenig von der Ruderfabrik. Das sind die Folgen des plutokratischen Wahlverbotswortrechts, wie sie kräftig und nicht abgelehnt werden können. Die Wahlhaber hatten die bekannten Mittel in Anwendung gebracht, um den Eintritt eines Arbeitervertreters in das sozialistische Kollegium noch einmal zu verhindern. Fast schon es, als ob die Wahl am Donnerstag nicht fast allen Arbeitern und Beamten anständig worden hätte, wenn die unteren Wähler hätten heranzukommen die Wahlbestanden, Lehrer und sonstige zuverlässige Wähler. „Wer nicht wählt, unterstützt die Sozialdemokratie“, hieß es. Nachher wurde diese dieser Wahlsparatieren reichlich mit Wuch. Spektakeln und Bier belohnt. Ein Wahlarbeiter meint, daß er 13 Glas Bier bekommen hat. An gemeinere ansonsten Verteilungen gegen unseren Kandidaten und die Partei wurde das Unmöglichkeit geleistet. Ein ganz gemeines geschildertes Pamphlet wurde sogar losgelassen. Man kann sich gar keinen Begriff machen, wie hier auf „Ordnung“ gehalten wird. Von den politischen Eigenschaften am Orte haben die Hälfte gewählt, von den Gewerkschaften ganz zu schweigen. Diese geringe Wahlbeteiligung ist für die Arbeiterstadt schamhaft, wenn man bedenkt, daß wir bei der Reichstagswahl über 200 Stimmen zählen konnten. Verschiedene Geschäftsleute, die sonst uniere Arbeitervereinsvereins sehr gern nehmen, halfen den Wahlbestanden niederrücken. So u. a. ein Bäcker, ein Fleischhauer, ein Fahrradfabrikant, ein Uhrmacher und Schuhmacher. Gegen die Wahl wird Protest erhoben, aus Gründen, die nach kräftigen Eingebungen des Oberverwaltungsgerichts zur Unmöglichkeitserklärung der famosen Ball führen müssen.

Leipzig. Gewerkschaftsfest. Unter anderen Eingängen war in der letzten Kartellung auch ein Schreiben des Volksblatt-Berlagers zu erleben, worin die Genossenschaft und

Sonnabend: Billiger Schuhtag.

Auf alle **Schuhwaren** in Filz und Leder geben wir Sonnabend

Doppelte Rabattmarken oder 10% im Bar.

Elkal

Halle a. d. Saale, Leipzigstr. 87.

Herrn-Stiefel in schöner Ausführung Paar 12.50 bis 5.50	Damen-Stiefel moderne Fassons Paar 12.50 bis 5.50	Ball-Schuhe in Lack, Leder, Lack- tuch und Adl. Paar 6.75 bis 1.95	Kinder-Stiefel haltbare Qualitäten Paar 8.75 bis 2.75	Filz-Schuhe in Filz und Filztuch Paar 3.25 bis 95 P.	Pantoffeln in Filz und Filztuch Paar 1.15 bis 88 P.	Pantoffeln in Kord und Filz Paar 1.15 bis 60 P.	Kinder-Filz- u. Kamhaar-Schuhe zu billigen Preisen.
---	---	---	---	--	---	---	---

Bei unseren bekannt billigen Preisen ist dieses Angebot besonders günstig.
Ein Einkauf lohnt!
Ein Einkauf lohnt!

Sonnabend den 22. November findet die Eröffnung

unserer bedeutend erweiterten, übersichtlichen, modernen
Geschäftsräume statt.

Zur Besichtigung ohne Kaufzwang laden wir höflichst ein. Dem geehrten Publikum danken wir bestens für die gütige Rücksichtnahme während unseres Umbaus und bitten um geneigtes ferneres Wohlwollen.

Leonhardt & Schlesinger, Halle (Saale)

Telephon 113.

Grosse Ulrichstrasse 13/15.

Telephon 575.

5 Tage zur Probe
mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen
ohne Anzahlung

nur gegen monatl. Teilzahlungen von
2 Mark
an. Spezialkataloge gratis und franko! Postkarte genügt!

Bial & Freund
Postfach 345/657
Breslau II

Jagdgewehre, Revolver, Browning, Scheibenbüchsen, Teleskope etc.

Konsum-Berein zu Merseburg u. Umgeg.

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Schlußbilanz am 30. Juni 1913.

Aktiva.				Passiva.	
a) Betriebsmittel:					
An Waren-Konto	67 472 57			Ver Nebenfonds-Konto	38 888 36
„ Utensilien-Konto	6 000 —			„ Dispositionsfonds-Konto	9 766 91
„ Geschir-Konto	4 000 —			„ Mitglied-Geschäftsguthaben-Konto	45 292 41
„ Maschinen-Konto	13 000 —	90 472 57		„ Konto: Nicht erhobene Anteile	426 81
				„ Sterbeunterstützungsfonds-Konto	767 50
					90 141 48
b) Angelegte Werte:					
„ Anteil-Konto bei der G.-G.-G.	4 124 40			b) Aufgenomm. Betriebsmittel:	
„ Kautionshinterlegungs-Konto	1 200 —			Ver Spareinlagen-Konto	70 206 82
„ Anteil-Konto bei der Verf.-Ges.	1 000 —	6 324 40		„ Sparmarken-Konto	471 50
				„ Kautions-Konto	6 300 —
					76 978 32
c) Grundbesitz:					
„ Grundstücks-Konto I	108 000 —			c) Grundstückschulden:	
„ do. II	20 000 —			„ Hypotheken-Konto	97 200 —
„ do. III	21 200 —	149 200 —		„ Hausanteile-Konto	2 405 —
					99 605 —
d) Verfügbare Werte:					
„ Kassa-Konto	9 562 64			d) Verbindlichkeiten:	
„ Bankeinlage-Konto	20 634 86			„ Lieferanten-Konto	1 045 71
„ Giro-Konto	36 846 61			„ Mitglieder-Rabatt-Konto	36 273 63
„ Sparfassen-Konto	1 960 08	69 004 18		„ Mitglieder-Guthaben-Konto	4 039 84
					41 358 68
e) Forderungen:					
„ Darlehns-Konto	15 490 —	15 490 —		e) Erübrigung:	
				„ Verlust- und Erübrigungs-Konto	22 407 67
					22 407 67
		Ca.: 330 491 15			Ca.: 330 491 15

Verlust- und Erübrigungs-Konto am 30. Juni 1913.

Debet.				Kredit.	
a) Abschreibungen:					
An Utensilien-Konto	1 660 00			Ertrag:	
„ Maschinen-Konto	7 000 00			Ver Waren-Konto (Brutto-Gewinn)	122 008 75
„ Geschir-Konto	3 351 80			„ Diskont-Konto	5 500 36
„ Grundstücks-Konto I	3 352 84			„ Rabattmarken-Konto	40 80
„ Grundstücks-Konto II	2 000 00				127 549 91
„ Grundstücks-Konto III	2 000 00	19 364 64			
b) Aufwand:					
An Unkosten-Konto	34 816 43				
„ Geschirunterhaltungs-Konto	6 123 18				
„ Geschütter- und Röhre-Konto	44 897 99				
„ Erübrigung	23 407 67	108 185 27			
		Ca.: 127 549 91			Ca.: 127 549 91

Mitglieder-Bewegung 1912/13.

Bestand am 1. Juli 1912 1877 Mitglieder
Im Laufe des Jahres traten ein 328

Im Laufe des Jahres schieben aus: 2205 Mitglieder

a) durch Kündigung 145 Mitglieder

b) durch Uebertragung 1 146

Bestand am 30. Juni 1913 2069 Mitglieder

Die Kasssumme der Mitglieder betrug am 1. Juli 1912 56 310,— Mark

Erhöhte sich im Laufe des Jahres durch 328 Beitritte um 9 640,—

Die Kasssumme verringerte sich durch Auscheiden von 146 Mitgliedern um 66 150,— Mark

Die Kasssumme betrug am 30. Juni 1913 4 390,—

Merseburg a. d. Saale, den 21. November 1913.

Der Vorstand:

Paul Dönger. Mich. Jüttig. Bernh. Müller.

Vorsitzende Vermögens-Bilanz und Ergebnis-Abrechnung haben wir in allen Teilen geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.

Der Aufsichtsrat:

H. Thieme. G. Wötter. G. Nieseder. Aug. Schmidt. Mich. Krüger. Friedrich Meins. Hermann Opp.

Winter-Joppen

in allen Formen in allen Farben



4974

4 75 50 6 75 8 50 9 10 10 12 15 22 00 bis 22 00 M.

Knaben-Rester-Joppen

auch in diesem Jahre wieder bedeutend unter Preis.

Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Julius Hammerschlag,

36 Gr. Ulrichstr. 36, nahe der Alten Promenade.

Jeder Liebhaber einer wirklich guten Tasse Kaffee trinkt nur

Büsch's gerösteten Probat-Kaffee

das Pfund Mk. 140 150 160 190 200 220

Ein Versuch überzeugt die Preiswürdigkeit. 4981

Carl Otto Büsch

Kaffee-Gross-Rösterei „Probat“ Leipzig

Leipzig, Leipzigerstrasse 63. Fernsprecher 213.

Ansichts-Postkarten

Die Volks-Buchhandlung.

kleines Feuilleton.

Die Lieblingsopern der deutschen Bühn: I.

Dr. Sigmund Schott, der Direktor des Staatstheaters amtes der Stadt Mannheim, hat sich der nicht leichten, aber eben falls dankbaren Aufgabe unterzogen, einmal an der Spitze des deutschen Bühnenwesens zu treten...

An der Verdrängung des deutschen Bühnen-Spielflans waren im Jahrzehnt 1901-11 zwischen 301 und 569 Opern bühnen besetzt...

Unter den während dieses Jahres aufgeführten 88 Lieblingsopern hervor, von denen jede mehr als 1000 Aufführungen in dem angegebenen Zeitraum erlebte...

Wagneropern, und zwar Die Meistersinger mit 1260, Die Maifra mit 1216, Die Walküre mit 1277 Aufführungen mit 1088, Götterdämmerung mit 1088 Aufführungen...

Wie beachtlich der Opern, so kann man auch bezüglich der Komposition ein Meilenstein nach der Schaffheit der Aufführungen konstatieren. Nimmt man auch hier 1000 Aufführungen als untere Grenze...

Die Millionen der Wälder. Der Altonauer Professor Wiedner hat in einem fesselnden Vortrag eine neue Abrechnung über die Entwaldung von Welt...

Wiedner betrachtet von jedem der beiden Seiten ein Glas vorzulegen. Professor Wiedner meint nun, daß sich die beiden abgeheilten Teile vereinigen und einen dritten Weltkörper von ungewöhnlicher Größe bilden...

Monardischer Protekt.

Werdlich will der König von Wien. In dem er das Amt fürcht vor Schaden Mehr auf Gehaltsbesitz sieht...

Minichien wendet man sich als Christ In Vankeschaft einigentlich; Doch sieht man, wie man einmal ist; Hier ist sein Ideal das wichtigste!

Man ist nun einmal dran gewöhnt, Daß sein Unbill unter der Thone Die Freude den Genuß verdrängt; Daß Gott uns durch den Hüß selotne...

Auf einmal schnt und merkt man wie Bei einem sündlichen Vertreter; Im Anfang ist die Garantie, Und Gottes Gnade kommt erst später...

Das ist nicht gut und soll nicht sein, Und wäre jaglich nicht zu dulden; Hier muß mehr lieber Gott hinein — Sonst kommt das Volk zu sehr in Schuld!

Peter Eber im Einpittismus.

Für die Jugend.

Und wir?

Ein junger Arbeiter schreibt unserm Vortragsblatt: Diese Seiten liegen jahe tagelang in meiner Lade. Jüngens eine Seite hielt mich ab, sie abzu lesen zu denken...

Diefer Ausbruch für die Auswägung der Pfadfinders und Wandervogelbewegung scheint sich in bürgerlichen Kreisen mehr und mehr einzugbürgern...

Der bürgerliche Jugendberzicher behauptet auf Grund seiner Erfahrungen auch, daß der Kerntrieb der Jugend durch dieses Verlangen nach Freiheit, nach Bewegung, nach Fortschritt...

Hoch die Solidarität der Jugend!

Bei einer Zusammenkunft der Jugendleiter Thüringens wurde auch die Frage aufgeworfen: Gemeinliche Zusammenkünfte der Mädchen und Jungburschen oder Trennung der Geschlechter?

Unsere Jugendlichen haben zwei Tage lang getreitet; und das kam so. Die Eltern hatten Bedenken geäußert, daß die Knaben und Mädchen gemeinsam die Vermählungen in Anspruch nehmen würden...

mir nun bereuen zu, daß ich schließlich zu den Straßen fante: Sol Manchen aber blut' Abur Duie; dann kommen die Mädchen herein!

Gewiß, körperliche, sportliche Betätigung in weite abgesteckten Grenzen ist durchaus anzurufen, aber die Wandervogel- und Pfadfindersache ist eine Landplage geworden, die von vielen Seiten, von Geisteshörnern, Pädagogen...

Die Landplage.

Im Vormärz, als die Revolutionierung der Geister erst auf eine kleine Schicht des Bürgertums beschränkt war, die Polizei aber überall Auflehnung gegen die staatliche Ordnung witterte...

Der furdthare Staat.

Am 23. September d. J. erschien in Wiesbaden der Rheinische Adoff Schilling den Hingegen Ludwig Schmitt. Die beiden jugendlichen Burschen gehörten dem Jungburschenschaftsbund an...

über sagte selbstschuldig: Einem Staat, der sich vor meinem Bernard furdthet, borg ich kein Geld.

Genau wie vor 1848 der Staat, sich vor der aufstrebenden Jugend fürchtete, so fürchtete er sich heute vor der Arbeiterjugend...

Des Teufels Großmutter.

Ist sicher ein ganz altes, heiliges Weib, einmal weil sie des Teufels Großmutter ist, dann aber auch weil sie ununterbrochen ihre 3-6000 Jahre dem Helden hat...

Das diefe Seiten wandelten sich, Die Weltstadt wurde rasch in die Höhe. Sie war das Zügelstüch des Mannes, Das Wanderbüchlein begann; Das schaute Leben ging in die Weide...

Und wieder: Jugendberziehung, Kriegsspiel und Nord. Am 23. September d. J. erschien in Wiesbaden der Rheinische Adoff Schilling den Hingegen Ludwig Schmitt...